

Werbung



14.11.2025 • 42

CSU-Politiker

Vorwurf der Veruntreuung: Europäische Staatsanwaltschaft stellt Ermittlungen gegen Weber und EVP-Fraktion ein

Die Europäische Staatsanwaltschaft (EPPO) hat die Ermittlungen gegen die Europäische Volkspartei (EVP) und deren Vorsitzenden Manfred Weber eingestellt. Der Verdacht des Missbrauchs von EU-Geldern hat sich nicht bestätigt.



Jonas Aston
X @Jns_Astn



Manfred Weber wurde vorgeworfen Gelder veruntreut zu haben (IMAGO/Metodi Popow)

Die Europäische Staatsanwaltschaft (EPPO) hat ihre Ermittlungen gegen die

Europäische Volkspartei (EVP) sowie deren Vorsitzenden Manfred Weber eingestellt, wie *Euractiv* berichtet. Der zuvor erhobene Verdacht, Weber und die EVP könnten EU-Gelder unrechtmäßig verwendet haben, hat sich nicht bestätigt.

Wie die EPPO in einer Mitteilung gegenüber *Euractiv* erklärte, habe sie „beschlossen, das Verfahren gegen den Vorsitzenden einer Fraktion des Europäischen Parlaments und mehrere seiner Mitarbeiter einzustellen“, da die Untersuchungen keine Hinweise auf ein strafbares Verhalten ergeben hätten.



Die EPPO, die als unabhängige Anklagebehörde der Europäischen Union den Auftrag hat, die finanziellen Interessen der EU zu schützen, erwähnte Manfred Weber in ihrer veröffentlichten Mitteilung zwar nicht ausdrücklich. Dennoch stand der CSU-Politiker zusammen mit seinem näheren Umfeld im Mittelpunkt der früheren Medienberichte über das damalige Ermittlungsverfahren.

Konkret befassten sich die Untersuchungen mit dem Verdacht, dass EU-Mittel möglicherweise zweckwidrig verwendet worden seien – insbesondere im Kontext von Webers Kampagne zur Europawahl im Jahr 2019, in der er als Spitzenkandidat der EVP angetreten war. Weber, der seit Jahren an der Spitze der größten Fraktion des Europäischen Parlaments steht, gilt als zentrale Figur in Brüssel und als einer der wichtigsten Strippenzieher innerhalb der EU.

Werbung

„Nach einer gründlichen Untersuchung – die unter anderem Zeugenvernehmungen, umfangreiche Datenauswertungen sowie die Analyse von Bankkonten einschloss – kommt die EPPO zu dem Schluss, dass es keine hinreichenden Gründe gibt, von einer strafbaren Handlung auszugehen“, so ein Sprecher der Behörde.

LESEN SIE AUCH:



Ex CDU-Vorsitzende

Gegen den Willen von Merz: Kramp-Karrenbauer plant offenbar politisches Come-back

Jonas Aston • 34



Misstrauensvotum

Krach beim Brandenburger BSW: Steht die Koalition vor dem Aus?

Jonas Aston

Das Verfahren sei auf Empfehlung des für den Fall zuständigen Delegierten der belgischen Staatsanwaltschaft beendet und anschließend von der Ständigen Kammer der EPPO formell bestätigt worden. Mit dieser Entscheidung gilt das Ermittlungsverfahren als abgeschlossen. Die EVP hat zu dem Vorgehen bislang keine Stellungnahme abgegeben.

Teilen:

Zu den Kommentaren (42) ↓

Einmalig

Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € Anderer Betrag (€) ▾

→ Weiter zum Zahlen

Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Zahlungsoptionen: Pay Pay

3,99 € /mtl.

Basis

Keine Unterstützung,
nur Abo

9 € /mtl.

Standard

Unterstützung + Abo

18,36 € /mtl.

Gegen-GEZ

Unterstützung + Abo

50 € /mtl.

Förderer

Unterstützung + Abo

Beliebig (€) ▾

Beträge setzen sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.

Weiter zum Zahlen

Werbung

Ihr Kommentar ...

42 Kommentare

Relevanz ▾